



Ein übles Spiel

Gift im Spielzeug aus China: Westliche Konzerne tragen Verantwortung, weil sie die Produktionsbedingungen diktieren.

Als sich am 11. August gegen halb drei Uhr nachmittags der chinesischen Spielzeugfabrik-Manager Cheung Shuhung freiwillig am Strick erhängte, war es wie ein Schuldeingeständnis für sein Land: China baut Mist. Schon zum dritten Mal in diesem Jahr musste der weltgrößte Spielzeughersteller Mattel Ware zurückrufen, diesmal mehr als 18 Millionen Stück. Die Autos und Puppen waren mit giftiger Bleifarbe lackiert oder mit losen Magnetteilen versehen. In den USA wurden 19 Kinder notoperiert, nachdem sie die Magnetteile verschluckt hatten, eines starb.

Der Schuldige war schnell gefunden: die Produzenten in China – wieder einmal. Der Spielzeug-Skandal folgte auf den Tierfutter-Skandal und dieser auf den Zahnpasta-Skandal. Seit der Öffnung gilt das Land als Nest von „Produktpiraten“. Der „Angriff aus Asien“, so ein aktuelles Buch, bedroht unseren Wohlstand. Und unsere Kinder!

Ist es so einfach? Zunächst sind es nicht chinesische Konzerne, die uns mit Textilien, Spielzeug und Computer überschwemmen, sondern unsere eigenen. Markenfirmen waren es, die auf der Suche nach höheren Gewinnen den „Standort China“ erschlossen haben. Sie fertigen die Markenware nicht selbst, sondern lassen in chinesischen Fabriken produzieren – und halten diese zueinander in beinhardter Konkurrenz. Dadurch entsteht der Druck, so billig wie möglich zu produzieren – auf Kosten der Löhne, der Arbeitsrechte und mitunter auch der Qualität. Der Druck wird in einer langen Kette von Subunternehmen weitergegeben: die viel gepriesene „Effizienz“ des freien Marktes.

Die Macht ist in dieser Kette allerdings nicht gleich verteilt: Während China die Arbeit macht, geht der Gewinn ins Ausland. Von zehn Euro, die eine Barbie-Puppe in Europa kostet, verbleiben in China 35 Cent. Würde man Löhne und die Zahlungen an die Fabrik verdoppeln, würde sich die Puppe um weniger als einen halben Euro verteuern. Jenen die Schuld zu geben, die unter Hochdruck und Hungerlohn die Handarbeit machen, ist nicht fair. Die Recherche einer chinesischen Zeitung ergab, dass der Fehler mit der Bleifarbe durch Zeitdruck verursacht wurde. Grotesk ist die Schuldzuweisung für die verschluckten lösbaren Magnetteilchen. Denn die Spielzeuge werden ja nicht in China designt, sondern am Unternehmenssitz im kalifornischen El Segundo, was die New York Times monierte. Hinzu kommt: Die rückgerufenen Spielsachen wurden zwischen 2003 und Januar dieses Jahres produziert. Da stellt sich die Frage, wie 18 Millionen Stück in einem Zeitraum von vier Jahren an den konzerninternen Kontrollen vorbeigegangen sein können. Ist „die Sicherheit der Kinder“ dem Konzern wirklich „am wichtigsten“, wie er auf ganzseitigen Anzeigen in deutschen Tageszeitungen behauptet? Mattels Jahresreingewinn stieg 2006 um 42% auf 593 Millionen US-Dollar. Die Gewinnausschüttung je Aktie wurde um 30% erhöht. Das Geld für mehr Kontrolle wäre vorhanden gewesen.

Beim Streit um das Spielzeug geht es um die katastrophalen Arbeits- und Produktionsbedingungen in China und die Bemühungen, diese zu verbessern. Im Jahr 2003 legte die Subkommission für die Menschenrechte der Vereinten Nationen einen Pflichtenkatalog für transnationale Konzerne vor. Darin werden 18 Verhaltensnormen verbindlich vorgeschlagen. Wer sich nicht an globale Menschenrechts-, Arbeits-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards hält, kann vor Gericht zitiert werden, auch vor ein globales. Das ist revolutionär, weil transnationale Unternehmen derzeit auf globaler Ebene nur Rechte genießen – Handelsfreiheit, Investitionsfreiheit, Schutz von Patenten – und diese auch vor globalen Gerichten einklagen können, im Unterschied zu allen anderen BewohnerInnen des „global village“. Die Umsetzung dieses UN-Pflichtenkataloges würde die Produktions- und Arbeitsbedingungen in China radikal verändern. (Bei der Hantierung mit Bleifarbe sind nicht nur westliche Kids in Gefahr, sondern auch chinesische Jugendliche: in den Fabriken arbeiten zu über 90 Prozent Frauen zwischen 18 und 25 Jahren.) Mit dem Eingang des Katalogs ins Völkerrecht ist es allerdings bisher nichts geworden, weil es heftigen Widerstand gibt: Die globalen Unternehmensverbände, allen voran die Internationale Handelskammer ICC und die Internationale Arbeitgeberorganisation IOE heftig verwarfen ihn als „kontraproduktiv“ und „nicht positiv“. Sie wollen nur freiwillige Qualitätsstandards à la „corporate social responsibility“ (CSR). Ins Bild passt, dass die chinesische Regierung gerade die Arbeitsrechte verbessern und die Rolle der Gewerkschaften stärken möchte; prompt protestierte die US-Handelskammer gegen das Gesetzesvorhaben. Einzelne Konzerne drohen offen mit Investitionsabzug. Es gibt ja noch Vietnam ...

Der Clou des UN-Pflichtenkatalogs ist, dass die Weltkonzerne für die gesamte Zulieferkette haften müssten, aus einem triftigen Grund: Bei ihnen ist die Macht konzentriert. Sie können die Bedingungen diktieren, unter denen die Zulieferer produzieren. Die Ausrede, sie hätten keine Kontrolle darüber, was bei den Subkontraktoren geschieht, geht bei der UNO nicht durch. Fazit: Nicht China ist böse, sondern die Aktionäre der Markenfirmen sind gierig. Nicht China greift uns an, sondern unsere renommierten Konzerne greifen Löhne, Sozial- und Steuerstandards bei uns an – über den Standort China, den sie zum Sündenbock machen, wenn das Kostendumping zu Fehlern führt. Sowohl internationale als auch chinesische Bemühungen, die Standards und die Situation der arbeitenden Menschen zu verbessern, werden torpediert. Die Gewinnorientierung transnationaler Konzerne ist das größte Hindernis auf dem Weg zu fairem Welthandel.

Erschienen im „Falter“ 35/07.